

ISSN 1019-0287

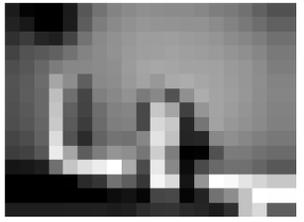
Preis 1,49 €

29. August 2003

erscheint freitags

29/8 - 7/9/2003

(film/theatre/concert/events)



# Wartezimmer für Unbefugte



*Die Regierung hat auf dem Flughafengelände in Findel ein Sammelzentrum für abgewiesene AsylbewerberInnen einrichten lassen. Die Hilfsorganisationen wurden davon weder informiert - noch haben sie Zugang. Auch die Presse muss draußen bleiben.*

**diese summer, Seite 3**

## Mit Digi-Pass unterwegs

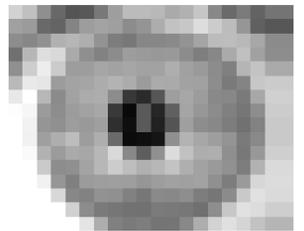
Künftig wird ihn jedEr brauchen: den biometrischen Pass, der unmissverständlich Auskunft über jede Person gibt.

**aktuell, Seite 2**

## Stromwechsel

Eine Kampagne von Greenpeace Luxemburg fordert dazu auf, grünen statt grauen Strom zu beziehen. Sie richtet sich nicht nur an Privatpersonen.

**aktuell, Seite 2**



## PEI-MUSEUM

**Das "Musée d'Art Moderne" ist ein Paradebeispiel dafür, wie staatliche Bautenpolitik nicht aussehen soll.**

Auf sämtlichen offiziellen Dokumenten, auf der Homepage des Musée d'Art Moderne (Mudam) und auch für die aktuellen und gewesenen Bauten- und KulturministerInnen gilt die gleiche Sprachregelung: "En 1997 le Gouvernement luxembourgeois a confié à l'architecte sino-américain Ieoh Ming Pei la conception et la réalisation du Musée d'Art Moderne Grand-Duc Jean (loi du 17 janvier 1997). Le chantier a été officiellement inauguré le 22 janvier 1999."

In den letzten Jahrzehnten gab es kaum ein politisches Dossier, bei dem so viel gelogen, verdreht und vertuscht wurde wie beim leidigen "Pei"-Museum. Auch wenn der damalige Bautenminister Robert Goebbels bis 1997 brauchte, um eine legale Basis zu schaffen für den wohl teuersten Prunkbau seit Kriegsende, so weiß doch jedeR, dass die Pei-Story ihren Anfang bereits im Herbst 1990 genommen hatte. Kultur- (und nebenbei Premier-) Minister Santer hatte Goebbels beauftragt,

den "Stararchitekten" Pei für den Bau eines "repräsentativen Museums, in dem auch offizielle Empfänge in gediegenem Rahmen veranstaltet werden können", zu gewinnen.

Recht bald war auch der Standort "Dräi Eechelen" im Gespräch. Auch hier wurde der Öffentlichkeit lange Zeit vorgegaukelt, es sei Pei selbst gewesen, der auf diesen Standort gedrängt habe. Jahre später meinte der Architekt in einer Pressekonferenz, es sei ihm nie ein anderer Standort vorgeschlagen worden. Dabei wäre es sicherlich mutiger gewesen, ein solches Museum in weniger luxuriösem Ambiente zu bauen: Dem Bahnhofsviertel, zum Beispiel, hätte eine Aufwertung sicherlich gut getan. Entsprechende Gesetzesvorschläge wurden mit der üblichen Arroganz der damaligen schwarz-roten Mehrheit abgeschmettert.

Etwas erfolgreicher war Anfang der 90er Jahre die breit gefächerte BürgerInneninitiative, die sich gegen

die weitgehende Zerstörung der "Dräi Eechelen" wehrte.

Als Kulturbanausen oder gar als nostalgische MilitaristInnen verschrien, die sich gegen zeitgenössische Kunst und moderne Architektur wehren, konnten sie zwar nicht den Standort verhindern. Doch retteten sie immerhin die alten Festungsanlagen und trugen vor allem dazu bei, dass neben dem Pei-Museum auch ein Festungsmuseum entstand.

Als die Chamber im Herbst 1996 endlich das Gesetz für das Mudam stimmte, war der einzige dem bis dahin das Lächeln nie vergangen war, der Architekt. Denn ob großes oder kleines Mudam, sein Geld war ihm sicher. Und es war entgegen elementarster Spielregeln zu großen Teilen bereits überwiesen worden, bevor es von offizieller Seite überhaupt einen Auftrag gegeben hatte. Robert Goebbels behauptet jetzt, jeder habe gewusst, dass die Architektenhonorare im Falle Mudam, mit über 13 Prozent von den Gesamtkosten doppelt so hoch ausfallen sollten als sonst üblich. Eine Aussage, die ebenfalls der Geschichtsklitterung gleich kommt, waren doch einigermaßen überprüfbare Zahlen

vor Januar 1997 nicht verfügbar. Und 13 Jahre nach Anfang dieser unendlichen Geschichte weiß mensch immer noch nicht, ob die fünf Milliarden-Franken-Schallmauer, die noch für das erste überdimensionierte Vorhaben veranschlagt worden war, nicht überschritten wird.

Dass sich gerade die ADR-Fraktion diese "Dysfunktionementer" zum Anlass nimmt, der Regierung Vergeudung öffentlicher Gelder vorzuwerfen, hinterlässt allerdings auch einen etwas bitteren Nachgeschmack: Ein ADR-Mitglied und gewählter Gemeinderat leitet eine Firma, die (wahrscheinlich mit unlauteren Mitteln) am Geldmitverdienen gehindert wurde. Ob seine Partei genauso laut stänkern würde, wenn besagte Firma die berühmt berüchtigten Fasadesteine hätte liefern dürfen?

Es bestätigt sich der Verdacht, den zahlreiche KritikerInnen am Anfang dieser Geschichte gehegt haben: Zuerst gab es einen Architekten, dann einen Standort - Zweck und Ausrichtung des Ganzen wurde erst am Schluss bedacht. Die SchildbürgerInnen hätten es nicht besser hinbekommen.

Ein Kommentar von  
Richard Graf

Preis: 1,49 €



5 453000 211009